

---

# *Journal of Religious Culture*

*Journal für Religionskultur*

Ed. by / Hrsg. von Edmund Weber  
in Association with / in Zusammenarbeit mit Matthias Benad  
Institute of Religious Peace Research / Institut für Wissenschaftliche Irenik  
Goethe-Universität Frankfurt am Main

ISSN 1434-5935 - © E.Weber – E-mail: [irenik@em.uni-frankfurt.de](mailto:irenik@em.uni-frankfurt.de) - [web.uni-frankfurt.de/irenik](http://web.uni-frankfurt.de/irenik)

---

Nr. 123 (2009)

## Die Organisationsstruktur des Islam im Laizismus der Türkei

Von

M. Emin Köktaş\*

### Einführung

Die Organisationsstruktur des Islam unter den Bedingungen des Laizismus der Türkei kann im in all ihren Dimensionen in einem Aufsatz nicht dargestellt werden. Daher sollen nur einige Schwerpunkte dieser Thematik behandelt werden.

Das Thema beinhaltet drei Grundbegriffe: Islam, Moderne und Laizismus. Diese Begriffe haben jeweils spezielle Eigenschaften und haben ihre eigenen geschichtlichen Erfahrungen. Wenn man Islam, Moderne und Laizismus am Beispiel der Türkei miteinander verbindet, erhält das Thema aber ein ganz besonderes Gewicht.

Dieses Thema kann man unter drei Gesichtspunkten behandeln. Diese drei Aspekte sind: 1. Die Bedeutung der Türkischen Modernisierung; 2. das Laizismusprinzip und die Religionspolitik der Türkei und 3. die Organisation des Islam in einem laizistischen Staat unter besonderer Berücksichtigung des Präsidiums für religiöse Angelegenheiten (Diyanet).

Das Laizismusprinzip und die Organisation des Islam in der Türkei sind mit dem sogenannten türkischen Modernisierungsprojekt direkt und eng verknüpft. Deswegen soll auch zunächst auf dieses Projekt eingegangen werden.

Die Erfahrung der Türkei mit der Modernität hat sowohl im Blick auf die islamische Welt als auch was den Modernisierungsprozesses einer muslimischen Gesellschaft angeht eine ganz be-

---

\* Prof. Dr. M. Emin Köktaş lehrt Sozial und Politikwissenschaften an Universität Ondokuz Mayıs, Fakultät für Wirtschaft und Verwaltungswissenschaft, Samsun, Türkei. E-Mail: [emin.koktas@deu.edu.tr](mailto:emin.koktas@deu.edu.tr).

Der Vortrag wurde am 7.2.2009 in der Akademie des Bistums Mainz im Rahmen der Tagung 'Vom Kalifat zum Konkordat? Institutionelle Kooperation des Islam mit dem Staat' gehalten.

sondere Qualität. Denn die Türkei besitzt mehr Erfahrungen mit der Modernisierung als alle anderen islamischen Länder; und sie ist zudem das einzige demokratische und laizistische Land in der islamischen Welt. Deswegen ist auch die Frage von besonderem Interesse, ob die türkische Erfahrung ein Modell für die andere muslimische Länder sein kann.

Mit der Bezeichnung 'moderne Türkei' ist hier die neue Epoche, die mit der Ausrufung der Republik (1923 n. Chr.) ihren Anfang nahm, gemeint. Obwohl die Modernisierungsbemühungen in der Türkei bereits vor der Republik einsetzten, begann erst seit der Ausrufung der Republik nicht nur ein politischer, sondern auch ein wirtschaftlicher, rechtlicher, kultureller und sozialer Wandel.

## 1- Die Bedeutung der türkischen Modernisierung

Bekanntlich ist Modernität ein Thema, worüber aus philosophischer, soziologischer und politischer Perspektive sehr viel diskutiert und veröffentlicht worden ist. Man kann sagen, dass dieses Thema geradezu ein Lieblingsthema der Sozialwissenschaftler ist.<sup>1</sup>

Der Begriff 'Moderne' ruft in der Regel ganz bestimmte Vorstellungen wie z. B. Demokratisierung, Liberalisierung, Marktwirtschaft, Nationalstaaten, Partizipation, Urbanisierung, Menschenrechte, Erhöhung des Bildungsniveaus, Verbreitung der Massenmedien und Säkularisierung hervor. Gesellschaften, denen diese Eigenschaften fehlen oder die bei ihnen nur zum Teil vorhanden sind, bezeichnet man gemeinhin als traditionelle Gesellschaften. Die Unterscheidung von traditionellen und modernen Gesellschaften ist aber nur als Idealtypisierung im Sinne Max Webers zu verstehen. Ansonsten wäre es heutzutage nicht möglich, traditionelle Gesellschaftstypen im strikten Sinne des Wortes anzutreffen. Denn auch diese Gesellschaften zeigen heute bestimmte Modernitätsmerkmale.<sup>2</sup>

Die Modernität führt in allen Gesellschaften zu unterschiedlichen Wandlungen in den sozialen Strukturen. Kurz gesagt, die Modernität ist ein vielseitiger Prozess, der seine Wirkung in allen menschlichen und gesellschaftlichen Bereichen zeigt.

Was bedeutet in diesem Rahmen die türkische Modernisierung? Die Beziehungen der Türkei zur Modernität unterscheiden sich deutlich von denen anderer islamischer Gesellschaften. Denn einmal erfreute sich die Türkei bzw. das Osmanische Reich stets politischer Unabhängigkeit. Zum anderen war das Osmanische Reich derjenige muslimische Staat, der in unmittelbarer Nachbarschaft zum Westen lebte und zu ihm intensive Beziehungen pflegte. Aus diesem Grund hatte das Osmanische Reich den Aufstieg des Westens im Vergleich zur restlichen islamischen Welt viel früher realisiert. Und die Beziehung zum Westen war zudem nie eine Beziehung von Unterdrückern zu Unterdrückten.<sup>3</sup>

Die Modernisierungsbestrebungen der Türkei haben nicht erst mit der Gründung der Republik begonnen. Schon im Osmanischen Reich gab es –wie bereits oben gesagt – Modernisierungsversuche. Am Anfang des 19. Jahrhunderts richteten sie sich zuerst auf das Militärwesen, dann aber auch auf die Bereiche Erziehung, Verwaltung und Recht.<sup>4</sup> Viele Sozialwissenschaftler der Türkei sind der Meinung, dass gerade diese frühen Modernisierungsbestrebungen Wegbereiter für die dann später in der Republik verwirklichten Reformen waren. Die Reformbestrebungen und die Übernahme politischer und rechtlicher des Westens in der vorrepublikanischen Zeit dienten, recht gesehen, vornehmlich dem Schutz gegen äußere Feinde und zur Neugestaltung

<sup>1</sup> Zum Thema Moderne siehe: Peter Wagner, Soziologie der Moderne, Campus Verlag, 1995; S. N. Eisenstadt, Die Vielfalt der Moderne, Weilerwirst 2000; Anthony Giddens, Konsequenzen der Moderne, Suhrkamp Verlag, 2001

<sup>2</sup> Eine sehr hilfreiche Lektüre: S. N. Eisenstadt, Tradition, Wandel und Modernität, Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1979

<sup>3</sup> M. Türköne, Siyasi Ideoloji Olarak İslamcılığın Doğuşu, İstanbul 1991, S. 37

<sup>4</sup> Siehe: Josef Matuz, Das Osmanische Reich, Darmstadt 1994, S. 209-262

der inneren Organisation des Staates. Aber diese begrenzten Reformen reichten nicht aus, das Osmanische Reich vor dem Untergang zu retten.

Ein bedeutender türkischer Sozialwissenschaftler hat hierzu eine beachtenswerte These aufgestellt. Nach ihm gab es mit dem immer schneller werdenden Modernisierungsprozess im 19. Jahrhundert drei wichtige Probleme, mit denen das politische System der Osmanen konfrontiert wurde. Dabei müsse festgehalten werden, dass die osmanischen Reformen bei der Behandlung aller drei Probleme stets von der Voraussetzung ausgingen, Staats- und Gesellschaftsordnung auf das Nationalstaatsprinzip zu gründen.

Das erste Problem war die Integration der nichtmuslimischen Bevölkerung in den Nationalstaat. Das zweite Problem bestand darin, die Muslime, die weit vom Zentrum des Reiches lebten, mit dem Zentrum des Reiches fest zu verknüpfen und somit die traditionelle Mosaikstruktur des Reiches in ein einheitlicheres Staatsgebilde umzuformen. Das dritte Problem war die Überführung der voneinander getrennt lebenden unterschiedlichen Gesellschaften im Reich in ein einheitliches politisches System.<sup>5</sup>

Die osmanischen Reformen vermochten die oben aufgeführten Probleme nicht zu lösen, weil es ihnen nicht gelang, eine Koexistenz von modernen und traditionellen Gesellschaftsstrukturen herbeizuführen.

Die von Atatürk gegründete Republik wählte nicht den Weg, die traditionelle Gesellschaftsstruktur zu reformieren. Sie lehnte vielmehr das traditionelle System gänzlich und entschied, ein vollständig neues Staats- und Gesellschaftssystem aufzubauen. Es war Atatürks entschiedener Wille, dass die neue Republik ihren Platz in der westlichen modernen Zivilisation einnehme. Er verstand Modernisierung als ein integrales Projekt, d.h. dass zu diesem unbedingt alle Dimensionen, die Europa modern gemacht haben, gehören und nicht nur einzelne Bruchstücke. Atatürks Modernisierungsprojekt intendierte somit nichts anderes als eine vollständige Verwestlichung der türkischen Gesellschaft. Das türkische Modernitätsprojekt kann von daher auch als ein besonders radikales Beispiel für kulturellen Wandel verstanden werden.<sup>6</sup>

Eines der wichtigsten Elemente dieses Modernisierungsprojekts war das Konzept, dass die Modernisierung von oben nach unten zu geschehen habe. Das bedeutete, dass die Modernisierung der Gesellschaft vornehmlich durch den modernisierten Staatsapparat realisiert werden sollte. So vermeinte man, am Besten das kompromisslose Ziel Atatürks, die Türkei auf das Niveau der damaligen westlichen Zivilisation zu heben, durchsetzen zu können.

Dieses Modernitätsverständnis wird nach dem Urheber dieses Programms der radikalen Umgestaltung der Türkei, Mustafa Kemal Atatürk, Kemalismus genannt. Das Konzept des Kemalismus kristallisiert sich in sechs Prinzipien. Sie lauten: Nationalismus, Laizismus, Republikanismus, Populismus, Etatismus und Reformismus.

Die positivistische Philosophie des Westens, die in der Türkei damals großen Einfluss besaß, leistete übrigens den entscheidenden ideologischen Beitrag zur Verwirklichung dieses Modellprojekts.

In der sozialwissenschaftlichen Literatur der 60er Jahre wurde der Modernisierungsprozess der Republik als ein erfolgreiches Modell angesehen. Es hieß, die Türkei habe durch diesen Prozess tatsächlich große Fortschritte in der Modernisierung der Gesellschaft erzielt. Erst mit zunehmender Demokratisierung in den 70er Jahren wurde dann von linken, liberalen und islamisch geprägten Intellektuellen und Strömungen wissenschaftliche und politische Kritik an der türkischen Modernisierungsprojekt geübt. Auch wenn heute dieses Projekt aus ganz verschie-

<sup>5</sup> Ş. Mardin, *Türkiye'de Toplum ve Siyaset*, İstanbul 1990, S. 40

<sup>6</sup> Über das Thema türkische Modernisierung siehe: Bernard Lewis, *Modern Türkiye'nin Doğuşu*, Ankara 1970. Niyazi Berkes, *Türkiye'de Çağdaşlaşma*, İstanbul 1975; Serif Mardin, *Türk Modernleşmesi*, İstanbul 1991; Feroz Ahmad, *Modern Türkiye'nin Oluşumu*, İstanbul 1995

denen Motiven kritisiert wird, sind sich die Kritiker doch im Großen und Ganzen einig, dass dieses Vorhaben nicht den erwünschten Erfolg und Fortschritt gebracht hat.<sup>7</sup>

Betrachtet man die oben genannten Indikatoren der Moderne aus heutiger Sicht, muß man zugestehen, dass trotz aller Kritik dennoch ein wesentlicher Teil des Modernisierungsprojekts verwirklicht worden ist. Daneben gibt es allerdings weiterhin viele uneingelöste Teile des Modernisierungsprojekts, und zudem sind zweifellos kritikwürdige Zustände in der türkischen Gesellschaft nicht zu übersehen.

## 2- Das Laizismusprinzip und die Religionspolitik der Republik Türkei

Eines der mit Nachdruck immer wieder diskutierten Themen des türkischen Modernisierungsprojekts war die Stellung der Religion in der neuen Gesellschaft. Das damit zugleich gemeinte Thema des Laizismus hat sich bis heute in der religionspolitischen Diskussion der Türkei einen ganz besonderen Stellenwert bewahrt. Der türkische Begriff des Laizismus ist bekanntlich von der französischen Idee der Laïcité beeinflusst. Zwar hat die erste Verfassung der Türkischen Republik vom Jahre 1924 in Art. 2 noch erklärt: "Der Islam ist die Religion des türkischen Staates"; aber bereits 1928 hat man diesen Verfassungsartikel ersatzlos gestrichen. 1937 fügte man dann aber den Satz, dass der türkische Staat laizistisch sei, in die Verfassung ein. In allen späteren Verfassungen ist dieser Satz erhalten geblieben. In der heutigen Verfassung gehört dieser Laizismusparagraf sogar zu den Verfassungsartikeln, deren Änderung noch nicht einmal vorgeschlagen werden darf.<sup>8</sup>

Viele türkische Sozial- und Politikwissenschaftler vertreten die Ansicht, dass der Laizismus das gesellschaftliche und politische Fundament der neuen Türkei ausmache. Einigen Wissenschaftlern gilt der Laizismus sogar als eine Bewegung, die das gesamte gesellschaftliche Leben grundlegend verändert habe und den gesellschaftlichen Institutionen bis heute die vollständige Unabhängigkeit von der Religion gesichert habe.<sup>9</sup>

Wichtige Themen der Laizismusdebatte sind weiterhin die Frage nach der Begründung und die Frage nach dem Verständnis und der richtigen Praxis des Laizismus. Vor allen Dingen ist die zweite Frage in der Türkei noch immer höchst aktuell und eines der am meisten diskutierten Themen.

Die Geschichte zeigt, daß sich die Gestaltung der Beziehung von Religion und Staat in islamischen Gesellschaften deutlich von den entsprechenden Erfahrungen des Westens unterschieden hat. In islamischen Gesellschaften war der Islam stets in den Staatsapparat integriert. Theologie und Erfahrung des Islam kannten keine vom Staat unabhängige und selbständige islamische Institution wie die Kirche. Auch die außerhalb des Staates agierenden islamischen Richtungen verfügten über keine organisierten Makro-Strukturen und waren deswegen immer nur lockere religiöse Bewegungen.

Aus diesem Grund haben die Fragen nach der Begründung und Rechtfertigung des Laizismus in einer islamischen Gesellschaft, insbesondere was die Stellung und Organisation der Religion angeht, gerade heute allergrößte Bedeutung.

Es gibt nun verschiedene Versuche, die Laizität und ihre Notwendigkeit zu begründen. Eine dieser Begründungen lautet: "Das eigentliche und primäre Ziel des Laizismus in der Türkei war nicht so sehr, die im Lande lebenden unterschiedlichen religiösen Gruppen untereinander in Frieden und Toleranz zusammenleben lassen zu lassen oder daß sich der Staat sich mit einer bestimmten religiösen Gruppe identifiziert und die restlichen Gruppen unterdrückt. Ebenso wenig ist der Laizismus in der Türkei im Kampf zur Eindämmung des Einflusses einer wirtschaftlich,

<sup>7</sup> Siehe: Heinz Kramer, *A Changing Turkey*, Brookings Institution Press, 2000 (Türkische Übersetzung: *Değişen Türkiye*, Istanbul, 2003); R. Kasaba, S. Bozdoğan (Ed.), *Türkiye'de Modernleşme ve Ulusal Kimlik*, Istanbul 2005

<sup>8</sup> Türkische Verfassung von 1982 §2

<sup>9</sup> B. Daver, *Türkiye Cumhuriyeti'nde Layiklik*, Ankara 1955, S. 88

sozial und politisch mächtigen Schicht oder des Klerus oder zur Errichtung der Herrschaft der Bourgeoisie oder einer anderen gesellschaftlichen Klasse entstanden. Es standen auch hinter dem türkischen Laizismus keine Religionskriege. Vielmehr wurde der Laizismus als eines der Hauptwerkzeuge zur Weiterentwicklung eines unterentwickelten Landes angesehen und so auch praktiziert. Dabei war eines der Hauptziele, die Gesellschaft vor den *schädlichen* Wirkungen der Religion, die als Hauptgründe der Unterentwicklung des Landes angesehen wurden, zu schützen. Von daher erklärt sich, dass der Laizismus keine soziokulturelle, sondern vielmehr eine politischen Bewegung ist. Denn hinter ihm standen und stehen keine soziokulturellen Gruppierungen, sondern die politisch entscheidende intellektuelle Elite. Das Fundament, worauf der türkische Laizismus aufgebaut ist, war und ist die Ansicht, dass er der wichtigste Teil des Modernisierungsprojekts sei."<sup>10</sup>

Deshalb gebärdete sich die Religionspolitik der Republik in den ersten Jahren ziemlich strikt und autoritär. Einer der wichtigen Politiker der Anfangsperiode des Laizismus brachte dies recht klar zum Ausdruck: "Unser Ziel mit dem Laizismus ist zu verhindern, dass die Religion Einfluß auf die Staatsangelegenheiten nimmt. Wir sagen, dass die Religion in den Herzen und den Gebetsstätten gehört und sich nicht in die weltlichen Angelegenheiten einzumischen hat. Wir haben es nicht zugelassen, wir lassen es nicht zu und wir werden es auch nicht zulassen."<sup>11</sup>

In der ersten Periode der Republik wurde immer wieder hervorgehoben, dass die Religion nur eine Gewissensfrage sei und dies zu bleiben habe. Ein solcher Laizismus, der alle gesellschaftlichen Bereiche bestimmen will, hat aber in der Türkei immer für Probleme gesorgt. Der Versuch, nicht nur Staat und Politik, sondern auch das gesamte gesellschaftliche, kulturelle und private Leben durch die Staatsmacht zu säkularisieren, ist in der Türkei eines der am meisten kritisierten Punkte des Laizismusverständnisses.<sup>12</sup>

Wie bereits erwähnt, herrschte in der Frühzeit der Republik unter der politischen Elite die Vorstellung, die Religion sei einer der Gründe für die gesellschaftliche Unterentwicklung. Nach einer in den 70'er Jahren durchgeführten empirischen Untersuchung glaubten 80 % der hochrangigen Bürokraten, die Religion spiele für die Rückständigkeit der Türkei eine Rolle. 40 % von ihnen machten allein die Religion für die Rückständigkeit der Türkei verantwortlich.<sup>13</sup> Diese Auffassung vertraten aber interessanterweise nur die höheren sozialen Schichten, nicht aber die Gesellschaft insgesamt.

Eine der wichtigen Fragen, die sowohl vor der Ausrufung der Republik als auch danach diskutiert wurde, lautete: Ist der Islam ein Hindernis für den Fortschritt oder nicht. Heute wird diese Diskussion in der Türkei nicht mehr geführt. Denn die Mehrheit der Bevölkerung sieht den Islam nicht als ein Hindernis für die gesellschaftliche Weiterentwicklung an. Stattdessen hat in den letzten Jahren eine andere Diskussion begonnen, bei der es um die Frage geht: "Ist der Islam ein Hindernis für die Demokratie oder nicht?"

In den ersten Jahren der Republik herrschte bei der türkischen Elite die im Westen weit verbreitete Ansicht vor, dass sich mit der Modernisierung die gesellschaftliche Bedeutung der Religion verminderte. Deswegen wurde denn auch der Religionsunterricht in den Schulen allmählich abgeschafft. Zwischen 1939 und 1948 war das Schulfach aus den Schulen gänzlich verbannt.

Diese strenge Praxis des Laizismus ist seit den 1945'er Jahren langsam gelockert worden, und mit dem Übergang zur Demokratie und zum Mehrparteiensystem entwickelte sich auch ein neues Laizismusverständnis. Die 1950 an die Macht gekommene 'Demokratische Partei' (Demokrat Parti-DP) war zwar prinzipiell laizistisch, legte aber auch Wert auf Religions- und Ge-

<sup>10</sup> A. Arslan, "İslam, Laiklik ve Çağdaşlaşma", In: Türkiye Günlüğü, Zeitschrift, Heft.29, 1994, S. 131-133

<sup>11</sup> Siehe: B. Daver, ebd. S. 88

<sup>12</sup> Siehe: M. Emin Köktaş, Religion und Politik als Problemfeld im sog. Demokratisierungsprozeß der Türkei, Journal of Religious Culture, Nr.51b (2002)

<sup>13</sup> G. Şaylan, Türkiye'de Kapitalizm, Bürokrasi ve Siyasal İdeoloji, Ankara 1986, S. 133

wissensfreiheit. Anders gesagt: sie verteidigte statt des französisch geprägten strikten Laizismus einen mehr angelsächsischen, d.h. freiheitlicheren Umgang mit Religion.

Seit dieser Zeit ist die Beziehung von Religion und Politik ein höchst kontroverses Thema der türkischen Politik. Die eine politische Richtung beschuldigt die andere, Religion für politische Zwecke zu mißbrauchen. Diese so angegriffene Richtung erklärt dagegen, dass der Laizismus nicht gegen Religion eingestellt sei.

Die Beziehung von Religion und Politik seit der Gründung der Republik lässt sich in drei Perioden gliedern.

Die erste Periode umfasst die Zeit seit der Ausrufung der Republik und dauert bis in die 50'er Jahre. Diese Periode war geprägt vom ideologischen Kampf der neu gegründeten Republik gegen die alten religiösen Institutionen und Symbole.

In der zweiten Periode nahm die Beziehung von Religion und Politik durch den Übergang zum Mehrparteiensystem eine neue Form an. Es kam zu Veränderungen in der Religionspolitik, weil die damals regierenden Parteien konservativ waren.

Die in den 50'er Jahren regierende 'Demokratische Partei' (DP) hat dann den gesellschaftlichen Widerstand gegen die in den ersten Jahren der Republik auf radikale Verwestlichung setzende Politik des Laizismus vorsichtig in die Politik getragen. Die damalige Regierungspartei war im Blick auf Religion und Wirtschaft liberaler eingestellt. Sie entwickelte sich auch immer mehr zum Sprachrohr der Schichten der Gesellschaft, die von der bürokratischen Elite nicht repräsentiert wurden. Sie stellte so etwas wie ein Puffer zwischen dem laizistischen Staatsapparat und der religiös-orientierten Gesellschaft dar. In dieser Zeit wurde denn auch der Religionsunterricht wieder in den Schulen eingeführt und die religiösen Gymnasien eingerichtet. Die späteren rechten Parteien führten diese Religionspolitik fort.

Die dritte Periode zeichnet sich durch das sog. islamisch-orientierte Politikverständnis aus, das nach 1980 im politischen Leben der Türkei eine neue Dynamik entfaltete. Diese politische Bewegung hat übrigens selbst nie das Schlagwort 'Islamismus' zur Selbstbezeichnung verwendet. Islamismus ist vielmehr ein Begriff, der aus der Sozial- und Politikwissenschaft der Türkei stammt. Aber es ist klar, dass die genannte Bewegung der Religion einen größeren öffentlichen Stellenwert zumisst.

Die Wurzeln dieser politischen Bewegung, welche die Religion betont oder sich an der Religion orientiert, liegen in den 70'er Jahren. Die Parteien, die diese Bewegung vertraten, wurden ständig mit der Begründung, sie seien gegen den staatlichen Laizismus eingestellt, mit Verboten konfrontiert.<sup>14</sup>

Die Bewegung spaltete sich seit dem Ende des 90'er Jahre in zwei Richtungen. Eine Gruppe, die sich als 'innovativ' bezeichnet und sich politisch konservativ und demokratisch definiert, gründete 2001 eine eigene Partei, die 'Gerechtigkeits- und Entwicklungs-Partei' (Adalet ve Kalkınma Partisi-AKP).<sup>15</sup> Diese errang in den Wahlen 2002 und 2007 jeweils die absolute Mehrheit im Parlament und stellt bis heute die Regierung. Dennoch ist sie nur knapp einem Verbot entgangen. Der Generalstaatsanwalt der Türkischen Republik hatte wegen des von der Parlamentsmehrheit beschlossenen Gesetzes über die Aufhebung des Kopftuchverbots an den Universitäten sowie anderer angeblicher Verstöße gegen das Laizismusgebots beim Verfassungsgericht Klage erhoben und das Verbot der Partei beantragt. Das Gericht verwarf mit knapper Mehrheit den Verbotsantrag, verhängte aber eine hohe Geldstrafe.<sup>16</sup> Die Diskussion

<sup>14</sup> Die von dem Verfassungsgerichtshof wegen Verstoßes gegen Laizismusprinzip verbotenen islamisch-orientierten Parteien sind: Nationale Ordnungspartei (Milli Nizam Partisi-MNP (1971), Wohlfahrtspartei (Refah Partisi-RP) (1998), Tugendpartei (Fazilet Partisi-FP) (2001). Die Nationale Heilspartei (Millî Selamet Partisi-MSP) wurde nach dem Militärputsch von 1980 wie alle anderen politischen Parteien verboten.

<sup>15</sup> Die andere Gruppe, die als Traditionalisten genannt wird, hat die Partei der Glückseligkeit (Saadet Partisi-SP) gegründet.

<sup>16</sup> Türkische Verfassungsgericht 30.7.2008, E. 2008/1, K. 2008/2

über Laizismus und Religion ist deshalb heute immer noch ein strittiger Punkt in der türkischen Demokratie.

Man muß dabei aber berücksichtigen, dass in den Gründungsjahren der Republik wegen der damals herrschenden religionspolitischen Praxis der Kampf gegen den Laizismus viel härter geführt wurde, als das heute der Fall. Heute bejahen nämlich die meisten religiösen Gruppierungen und Strömungen die Laizität des Staates und ebenso Demokratie und Menschenrechte. Daher gibt es heute kaum mehr ernsthaften Streit darüber, ob Laizismus überhaupt nötig sei oder nicht. Strittig ist nur noch das richtige Laizismusverständnis. In dieser religionspolitischen Auseinandersetzung behauptet die eine Richtung, Religion sei Privatsache bzw. nur eine Gewissensfrage, gehöre daher nicht in den öffentlichen Raum und dürfe sich nicht in die Politik einmischen. Die Gegenseite vertritt die Ansicht, dass es den Menschen erlaubt sein müsse, auch im öffentlichen Raum die Vorschriften der Religion zu beachten.

Die türkische Kopftuchdebatte symbolisiert diesen Streit sehr gut. Im Februar 2008 hatte das türkische Parlament – wie oben bereits erwähnt - mit überwältigender Mehrheit (411 von 550 Stimmen) eine Verfassungsänderung mit dem Ziel beschlossen, an den Universitäten das Kopftuchverbot aufzuheben. Die oppositionelle 'Republikanische Volkspartei' (Cumhuriyet Halk Partisi-CHP), die einen strengen Laizismus vertritt, reichte daraufhin beim Verfassungsgericht Klage ein. Das Verfassungsgericht gab der Klage statt und hob die Verfassungsänderung auf. Doch ist der größte Teil der Bevölkerung weiterhin der Auffassung, dass den Studentinnen, die es wünschen, erlaubt werden soll, ein Kopftuch zu tragen. Die Bevölkerung sieht diese ganze Angelegenheit mehr als eine Sache der persönlichen Freiheit denn als eine ernsthafte Infragestellung des Laizismus an.

In den letzten Jahren wurde in der Türkei viel für Demokratisierung und Menschenrechte getan. Die türkische Demokratie wurde rechtlich gefestigt und die Menschen- und Bürgerrechte erheblich ausgeweitet.<sup>17</sup> Es besteht daher eine gewisse Hoffnung, dass sich die Spannungen wegen der kontroversen Laizismusinterpretation mit der Zeit vermindern.

### 3- Die Organisation des Islam in einem laizistischen Staat:

#### Das Präsidium für religiöse Angelegenheiten (Diyanet)

Ein zentrales Thema der Laizismusdebatte ist die Organisation der Religion. Wie bereits oben gesagt, gibt es in der islamischen Geschichte keine außerhalb des Staatsapparats organisierte eigenständige islamische Religion. Die geistliche Macht der höchsten islamischen Autorität im Osmanischen Reich, Şeyhü'l-Islam, war allein staatlich begründet. Zugleich aber war ihr Einfluß auf Staatsangelegenheiten außerordentlich. Denn im Grunde war das Osmanische Reich ein muslimischer Staat. Aus Sicht des Modernitätsprojekts war die Beibehaltung des Şeyhü'l-Islam-Amtes in der türkischen Republik daher nicht möglich. Auf der anderen Seite aber befürchtete man, dass es Probleme mit sich brächte, wenn Religion und Staat vollständig getrennt würden und so die Religion – wie im Westen - allein selbständigen Religionsgemeinschaften überlassen würde.

Religion spielte jedoch, auch wenn es keine Religionsgemeinschaft im westlichen Sinne gab, eine zu gewichtige gesellschaftliche Rolle auch in der Republik. Deshalb wusste niemand am Anfang, wie die Religion außerhalb der Staatsverwaltung organisiert werden sollte. Man befürchtete, dass es bei einer Trennung von Staat und Religion zu Konflikten zwischen den religiösen Gruppierungen kommen könne. Darüber hinaus war die Meinung weit verbreitet, die von der Staatsverwaltung unabhängige Religion könne zu einer erstzunehmenden Bedrohung für

---

<sup>17</sup> Siehe: Heinz Kramer, Die Türkei im Prozess der 'Europäisierung', in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 33-34/2004, S. 9-17

das neu gegründete Regime werden. Aus diesem Grund entschied man sich für eine neue Form staatlicher Religionsorganisation.<sup>18</sup>

Die staatlichen Regelungen der organisatorischen Struktur der Religion wurden bereits zu Beginn der Republik durchgeführt. Im Jahr 1924 wurde das Scharia- und Stiftungsministerium abgeschafft und stattdessen ein Präsidium für Religiöse Angelegenheiten (Diyanet) ins Leben gerufen. Seit dem haben alle nachfolgenden Verfassungen das Präsidium als Teil der allgemeinen Staatsverwaltung bestätigt. In der Verfassung von 1982 lautet die Regelung zum Präsidium (Art. 136): "Das im allgemeinen Verwaltungswesen befindliche Präsidium der Religiösen Angelegenheiten erfüllt seine in einem besonderen Gesetz aufgeführten Aufgaben unter Beachtung der Laizismusprinzip." Mit diesem Verfassungsartikel wird der Rahmen des Tätigkeitsbereichs, in dem sich das Präsidium zu bewegen hat, abgesteckt. Im Gesetz über das Präsidium werden die Aufgaben des Präsidiums wie folgt festgelegt (Gesetz Nr:633): "(Das Präsidium hat die Dienste auszuüben, die die Fragen der Glaubens, des Gottesdienstes und die ethischen Prinzipien der islamischen Religion betreffen, sowie die Gesellschaft über Religion aufzuklären und die Gebetsstätten zu verwalten."

Der Präsident des Präsidiums wird vom Staatspräsidenten auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, der dazu eines Ministerratsbeschlusses bedarf, ernannt. Das Präsidium ist dem Amt des Ministerpräsidenten unterstellt. Das bedeutet, dass es nicht nur eine gesetzliche, sondern sogar eine verfassungsmäßige staatliche Behörde ist.

Heutzutage verfügt das Präsidium über eine in der Türkei und im Ausland gut organisierte Struktur. Nach den letzten Zahlen unterstehen dem Präsidium 88513 Arbeitskräfte. Aktiv tätig sind zurzeit 82367 Personen, darunter befinden sich 60641 Imame und 10057 stellvertretende Imame. Das Präsidium ist zuständig für 8222 Koranschulen und 79096 Moscheen. Was die Moscheen angeht, unterstehen alle legalen Moscheen der Kontrolle des Präsidiums.<sup>19</sup>

Die Frage, ob die Stellung des Präsidiums mit dem Laizismusprinzip vereinbar ist oder nicht, wird in der öffentlichen Diskussion unterschiedlich beantwortet. Zwar entspricht die damit verbundene religionspolitische Praxis nicht den in den westlichen Ländern bekannten Regelungen; dennoch ist die Einrichtung des Präsidiums eng mit dem Laizismusverständnis und der Religionspolitik der Türkei verbunden.

Nach Meinung derer, die die Einordnung des Präsidiums in den Staatsapparat befürworten, bezweckt diese Regelung ja nicht die Organisation religiöser Dienste, sondern sie ist auch deshalb notwendig, damit die säkulare Struktur des Staates bewahrt und die Einmischung der Religion in die Staatsangelegenheiten auf diese Weise verhindert wird. Beispielsweise sagt ein Rechtswissenschaftler folgendes: "Die Gründer der Republik hatten nicht viele Wahlmöglichkeiten zum Phänomen Religion. Entweder sollten sie sich so verhalten, als ob die Religion gar nicht vorhanden wäre oder sie mussten eine Lösung finden, die am wenigsten zu einer Polarisierung im beabsichtigten laizistischen Staatsmodell führen würde. Die Gründer der Republik, die Religion nicht als 'nicht vorhanden' annehmen wollten, haben aber besonders darauf geachtet, dass das Präsidium zwar innerhalb der staatlichen Verwaltung angesiedelt ist, es aber dennoch möglichst unabhängig und fern von Einflüssen bleibt."<sup>20</sup> Mit dieser Regelung werden bis heute zwei Dinge bezweckt. Sie zielt erstens auf das Angebot einer öffentlichen Dienstleistung und zweitens darauf, das laizistische System zu schützen, indem das Personal, das diese Dienstleistungen anbietet, unter staatlicher Aufsicht gehalten wird.

Es gibt auch Kritiker der Struktur des Präsidiums. Einige von ihnen verlangen, dass die Religionsangelegenheiten von einem autonomen Präsidium erledigt werden; wenn man sie allein den

<sup>18</sup> Zum Thema Präsidium für religiöse Angelegenheiten (Diyanet) siehe: Ali Bardakoglu, Religion und Gesellschaft, Köln 2008, S. 25-43; İstar B. Tarhanlı, Müslüman Toplum, "Laik" Devlet, Türkiye'de Diyanet İşleri Başkanlığı, İstanbul 1993; Ruşen Çakır, İrfan Bozan, Sivil, Şeffaf ve Demokratik Bir Diyanet İşleri Başkanlığı Mümkün mü?, Türkiye Ekonomik ve Sosyal Etüdler Vakfı, İstanbul 2005

<sup>19</sup> <http://www.diyamet.gov.tr/turkish/default.asp>

<sup>20</sup> İ.H. Özey, Devlet, İdare ve Yargısal Korunma, İstanbul, 1990, S. 28

Religionsgemeinschaften überließe, würde dies nur ins Chaos führen. Andere Kritiker verteidigen dagegen die Ansicht, dass für die Religion - wie in den säkularen Staaten - auch in der Türkei allein Religionsgemeinschaften zuständig sein sollten. Sie sind der Meinung, die vorhandene Praxis sei mit der Laizität nicht zu vereinbaren. Nach ihnen soll sich im laizistischen Staat die Staatsverwaltung nicht in den religiösen Bereich einmischen. Die Staatselite, die Laizität sehr streng interpretiert und die Religion nur als eine Gewissensfrage versteht, verteidigt dagegen die heutige Situation.

Nach dem türkischen Parteien-Gesetz werden Parteien, die die Auflösung des Präsidiums propagieren, verboten. Im Jahre 1993 wurde die 'Freiheits- und Demokratie-Partei' (Özgürlük ve Demokrasi Partisi-ÖZDEP) verboten, weil sie die Religion zur alleinigen Sache der Religionsgemeinschaften machen wollte.<sup>21</sup>

Aktuell wird in Türkei über das Problem der Organisation der alevitischen Religion gestritten. Aleviten behaupten, das Präsidium vertrete nur die sunnitischen Muslime, und sie fordern deshalb, dass sie als eigenständige Religionsgemeinschaft anerkannt und finanziell gefördert werden. In diesem Zusammenhang werden drei unterschiedliche Lösungsansätze diskutiert. Einige propagieren die Idee, dass das Alevitentum auch vom Präsidium vertreten werden solle. Das Präsidium steht diesem Modell ablehnend gegenüber. Einige alevitische Gruppierungen schlagen vor, für die Aleviten ein eigenes Präsidium zu schaffen. Sowohl Präsidium als auch der Staat lehnen diesen Vorschlag strikt ab. Der Staat möchte die Aleviten an eines der Staatsministerien anbinden und diesem einige diesbezügliche Rechte übertragen. Teile der Aleviten wiederum lehnen diesen Vorschlag ab. Auch unter den Aleviten, die unterschiedlichen politischen und ideologischen Strömungen angehören, gibt es in dieser Sache keine einheitliche Meinung.

Die Diskussionen um das Alevitentum könnten aber dennoch für die Organisationsstruktur der Religion in der Türkei neu Horizonte eröffnen.

## Schluss

Seit der Gründung der Republik durchlebt die Türkei sowohl einen großen gesellschaftlichen als auch einen wirtschaftlichen Wandel. Die heutige Türkei ist nicht mehr das Land der 30er Jahre. Das Beispiel der Türkei zeigt, dass es keineswegs zutrifft, dass mit der Einführung moderner Lebensverhältnisse die Religion ihre Bedeutung verlieren würde. Aber zugleich trifft zu, dass das herkömmliche religiöse Leben von der Modernität tiefgreifend beeinflusst worden ist. Diese gleichsam modernisierte Religion ist in der heutigen Türkei zu einem sehr wichtigen gesellschaftlicher Faktor geworden. Studien beweisen, dass für die große Mehrheit der türkischen Bevölkerung Religion und moderne Werte gleichermaßen eine hohe existentielle Bedeutung haben.

In der Religionspolitik des türkischen Staates haben inzwischen wichtige Veränderungen stattgefunden. Mit der zunehmenden Demokratisierung wurde in höherem Maße eine Politik verfolgt, die mehr den Erwartungen der Gesellschaft entsprach. Als Folge dieser volksnahen Politik hat auch der Widerstand gegen den Laizismus nachgelassen. Jedoch ist das Verhältnis von Religion und Staat in der heutigen Türkei noch immer eines der aktuellsten, lebhaftesten und kompliziertesten Themen. Die überwältigende Mehrheit der Gesellschaft befürwortet den laizistischen Staat. Aber im Laizismusverständnis gibt es zwischen Politikern und Intellektuellen noch immer große und scheinbar unüberwindbare Meinungsverschiedenheiten. Aus diesem Grund ist der Laizismus immer noch ein Grund für Spannungen, Auseinandersetzungen und Lagerkämpfe. Der Streit zwischen Politikern und Intellektuellen springt immer wieder auf die Gesellschaft über und führt zu spannungsgeladenen Auseinandersetzungen in der Bevölkerung.

---

<sup>21</sup> Türkische Verfassungsgericht 23.11.1993, E. 1993/1, K. 1993/2

Wie auch immer die Diskussion um den Laizismus und Religion verlaufen wird: Was die heutige Organisationsstruktur des Islams betrifft, sind keine großen Veränderungen zu erwarten. Vielleicht wird die Organisationsform des türkischen Islam ein wenig mehr Autonomie erhalten.

Kurz gesagt, die Suche nach einer alle Seiten zufriedenstellende Lösung geht unvermindert weiter. Wenn der Demokratisierungsprozess weiter fortschreitet, wird es der Türkei sicherlich auf die Dauer vielleicht gelingen, für alle religiösen Gruppierungen neue und tragfähige gesellschaftliche Formen der Selbstgestaltung zu entwickeln.